

**AMT ACHTERWEHR  
Hauptausschuss**

*Protokoll*

**über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Ach-  
terwehr  
am Dienstag, 24.11.2015, im Büro des Amtsdirektors**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Anzahl der Besucher: Keine

**ANWESEND:**

a.) Hauptausschussmitglieder

Bürgermeister	Dr. Bartelt Brouer - Vorsitzender
Bürgermeisterin	Anne-Katrin Kittmann
Bürgermeister	Marko Schiefelbein
Bürgermeisterin	Anke Szodruch
Bürgermeisterin	Sabine Sager
Bürgermeister	Klaus Langer
Amtsdirektor	Hans-Werner Grewin

Entschuldigt fehlte: Bürgermeister Adolf Dibbern

b.) Verwaltungsvertreter

Herr Andreas Kock Leiter Hauptamt/Protokollführer

c.) Gäste

Herr Dr. Detlef Ufert	Amtsvorsteher
Herr Bernd-Uwe Kracht	Mitglied des Amtsausschusses
Herr Thorsten Schwanebeck	Mitglied des Amtsausschusses
Herr Rolf-Dieter Carstensen	Mitglied des Amtsausschusses

Mit der Einladung vom 11.11.2015 wurde folgende Tagesordnung festgesetzt:

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerinnen und Einwohner fragen
3. Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 02.06.2015
4. Verschiedenes
5. Personalangelegenheiten

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Brouer eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass gegen Form und Frist der Einladung keine Einwände erhoben werden. Der Ausschuss ist nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Auf seinen Antrag beschließt der Hauptausschuss den TOP 5 Personalangelegenheiten nicht öffentlich zu behandeln.

StV: einstimmig

**TOP 2 Einwohner/innen fragen**

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

**TOP 3 Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 02.06.2015**

Gegen das Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 02.06.2015 werden keine Einwendungen erhoben. Es gilt damit als festgestellt.

**TOP 4 Verschiedenes**

**a.) Asylbewerberthematik**

AD Grewin teilt mit, dass jedem bewusst sein müsse, dass die Asylbewerberthematik alle, auch die Verwaltung, enorm belastet. Aus zwei Gemeinden wurde der Wunsch an das Amt herangetragen, eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema abzuhalten. Dies würde die Verwaltung zeitlich überfordern. Er bittet darum, von diesem Wunsch Abstand zu nehmen. So habe z.B. in Melsdorf der Flüchtlingsbeauftragte in der Person von AV Dr. Ufert selber informiert und in einer anderen Gemeinde konnte ein entsprechender Antrag in der Gemeindevertretung nicht behandelt werden, da dieser nicht auf der Tagesordnung stand. Hierzu berichtet Herr Dr. Brouer, dass er in Bredenbek zu diesem Thema eine Einwohnerversammlung abgehalten habe.

Herr Kracht teilt mit, dass ihm der Kämmerer berichtet habe, dass 1,7 % der Amtsumlage für die Unterbringung von Flüchtlingen verwendet werden müsse. Er hält es für die Aufgabe des Amtes, das Thema an die Gemeinden heranzutragen. Nur so können die Gemeinden auch Antworten in Richtung der fragstellenden Einwohner geben.

Hieraufhin entgegnet AD Grewin, dass zunächst die Amtsgremien hinsichtlich dieser Thematik zuständig seien und ihre Beratungen und Entscheidungen treffen müssten. Das sei noch gar nicht erfolgt verbunden mit der Frage, ob es denn überhaupt dazu kommt. Der Informationsprozess in Richtung der Gemeinden könnte dann auch durch die Amtsausschussmitglieder erfolgen.

Hinsichtlich der Kostenbelastungen haben das Land und die kommunalen Spitzenverbände einen Konsens ab 2016 gefunden. Es werden deutlich mehr Mittel für die Kommunen zur Verfügung gestellt.

Herr Langer schlägt vor, den Flüchtlingsbeauftragten in der nächsten Amtsausschusssitzung, die voraussichtlich am 15.12.2015 stattfinden soll, berichten zu lassen. AV Dr. Ufert teilt mit, dass er nur überschaubare Informationen geben könne. Welche Kosten letztendlich beim Amt verbleiben, könne er auch nicht beantworten. Dies wäre Sache der Verwaltung. Angesichts der ohnehin anstehenden Tagesordnungspunkte zu Flüchtlingsthemen ist sich der AD sicher, dass Herr Dr. Ufert und die Verwaltung die Aufklärungsarbeit gemeinsam bewältigen werden.

Frau Sager teilt mit, dass sie auf der letzten Sitzung der Gemeindevertretung Felde anwesend war. Zur Unterbringung von Flüchtlingen auf der amtseigenen Liegenschaft in Jägerslust war für sie nicht klar erkennbar, ob der Gemeinde Felde eine Bauvoranfrage vorgelegen habe. Hierzu führt AD Grewin aus, dass es unter Beteiligung der Amtsausschussmitglieder vor geraumer Zeit eine Bereisung von möglichen Unterbringungsliegenschaften gegeben habe. So wurde auch die amtseigene Liegenschaft in Jägerslust in Augenschein genommen. In Bezug auf diese Liegenschaft hat das Amt eine Bauvoranfrage an die Gemeinde Felde gestellt und danach im Finanz- und Bauausschuss des Amtes behandelt. Die Gemeinde Felde hat die Bauvoranfrage abgelehnt. Aktuell wurde ein zweiter Versuch gestartet. Hierzu wurde ein Gespräch mit den Fraktionssprechern der Gemeinde Felde zu einer anderen Thematik genutzt, um im Anschluss diesbezüglich näher zu informieren. Den Gesprächsverlauf hat er positiv in Erinnerung.

Die erste Bauvoranfrage wurde zurückgenommen. Allerdings sieht die aktuelle Beschlusslage der Gemeinde Felde den Abschluss eines Vertrages mit dem Amt vor, den er inhaltlich auf keinen Fall mittragen kann. Hier würden Vorgaben für das Amt bis hin zur Erwartungshaltung gemacht, über die Beseitigung der Bunkeranlage zu sprechen. Aufgrund des Umstandes, dass eine Bauvoranfrage baurechtlich erforderlich ist und die Befassung der Amtsgremien noch nicht terminiert war, wollte er Zeit sparen. Angesichts der jetzt aus Felde erhobenen Forderungen sehe er jetzt aber die Notwendigkeit vor Beteiligung von Felde einer Befassung im Finanz- und Bauausschuss des Amtes und im Amtsausschuss. Das Amt als Bauherrin hätte selbstverständlich Anspruch darauf, sich mit den Gedanken aus Felde zu beschäftigen und überhaupt über eigene Bauvorhaben zunächst zu beschließen. Nunmehr stünden die Sitzungen ja auch unmittelbar bevor. Eine bauliche Entwicklung in Jägerslust könne nicht vor Herbst 2016 abgeschlossen werden. Damit würde dieses Projekt ohnehin keine sofortige Entlastung bringen.

Aus Sicht von Herrn Kracht wurde die Gemeinde Felde mit der ersten Bauvoranfrage seitens des Amtes überrascht. Es sollte Wohnraum für weitere 150 Asylbewerber geschaffen werden, was die dortige Infrastruktur nicht hergäbe. Auch mit dem Blick darauf, dass schon ca. 50 Asylbewerber in den vorhandenen Unterkünften unterge-

bracht sind. Zu einem Rundbrief der SPD-Fraktion aus Felde hinsichtlich des Vorschlages einer Quotenregelung auf Amtsebene teilt er mit, dass dies nicht die Meinung der Gemeinde Felde widerspiegelt. Die erste Bauvoranfrage wurde nach § 34 BauGB (Innenbereich) gestellt, obgleich dieser Bereich bisher als Außenbereich bewertet wurde. Bei einer positiven Entscheidung der Gemeinde Felde hätte sich ein B-Planverfahren mit entsprechend umfangreichen zeitlichen Abläufen, die man nicht habe, abgeschlossen. Die jetzige Reihenhausvariante für ca. 62 Asylbewerber wird in Felde positiv gesehen. Ein Vertrag mit einem Bauherren, hier dem Amt, hält er für möglich, damit die Gemeinde ihre Planungshoheit nicht aufgeben müsse. Allerdings sieht auch er die in Felde geäußerten Gedanken zum Bunkerproblem als nicht sinnvoll an und hätte geraten, von diesem Punkt Abstand zu nehmen. Aus seiner Sicht sollte unter Beteiligung von Vertretern des Amtes hierüber in einer Fachausschusssitzung der Gemeinde Felde beraten werden. Dann könnte es mit einer Realisierung funktionieren. Auch sieht er die Notwendigkeit über den Sachstand der Asylbewerberthematik im Amtsausschuss zu informieren.

#### b.) Kommunale Kindergärten/Verwaltungsunterstützung:

Frau Kittmann trägt vor, dass die rechtliche Entwicklung im Bereich der Kindergärten, sei es zu den Themen Gebührenkalkulationen und Satzungen oder auch der Förderanträge für Investitionen, erheblich zugenommen habe. Aus ihrer Sicht sollte das Amt für diesen Bereich eine Verwaltungsfachkraft freistellen. Diese Aufgabenstellung neben umfangreichen weiteren Aufgabenstellungen in der Kämmerei bewertet sie als unglücklich, so dass hier die Gemeinden aus zeitlichen Gründen nicht im erforderlichen Ausmaß unterstützt werden könnten.

Die in der Verwaltung zur Verfügung stehende Technik für Auswertungsmöglichkeiten im Bereich der Kindergärten empfindet Herr Langer als verbesserungswürdig. Hier müssten komprimiert im Excel-Format Auswertungen ermöglicht werden. Herr Kracht sieht dies ähnlich. Von der Verwaltung müssten regelmäßige Auswertungen automatisch an die Gemeinden weitergeleitet werden mit dem ergänzenden Hinweis, dass bereits jetzt die Verwaltungskosten, die die Gemeinden für die kommunalen Kindergärten an das Amt zahlen, schon sehr hoch sind. Auch empfindet er es als unglücklich, dass in diesem Bereich zuständige Mitarbeiter in dieser Jahreszeit Seminare besuchen. Hier sei der Zeitpunkt schlecht gewählt.

Nach diesen Hinweisen teilt AD Grewin mit, dass er sich gegen eine sinnvolle Personalverstärkung nicht wehren würde. Auch die Kämmerei leistet eine sehr gute Arbeit. Als problematisch sieht er angesichts der Arbeitsbelastung im Hause, dass Mitarbeiter ihre wöchentliche Arbeitszeit reduzieren und das Amt aus rechtlichen Gründen diesen Anträgen nachkommen müsse. Die IT-Problematik werde schon seit etlichen Legislaturperioden thematisiert. Ohne diese wäre die Arbeit mit diesem Personalstamm gar nicht mehr bewältigbar. Man sollte im Finanz- und Bauausschuss im Beisein von Herrn Carstensen über das Thema der Personalverstärkung noch einmal sprechen. Allerdings gibt er zu bedenken, dass Personalkosten auch immer direkte Auswirkungen auf die Amtsumlage und damit die Gemeindehaushalte haben. Frau Kittmann ist die Feststellung wichtig, dass mit ihrem Antrag in keiner Weise Kritik an der Arbeit von Herrn Carstensen oder der Kämmerei verbunden sei. Sofern die Berechnungen der Verwaltung, so Herr Kracht, eine Erhöhung der Amtsumlage unabdingbar machen würde, dann wäre es eben so. Seinerzeit war ihm nur

daran gelegen, die hohen Rücklagen des Amtes abzuschmelzen, was letztlich ja auch passiert sei.

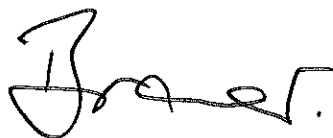
Auf abschließende Nachfrage von Frau Sager, wie AD Grewin die Belastungssituation der Verwaltung sieht, teilt AD Grewin mit, dass die größte Belastung nachvollziehbarerweise das Asylthema sei und nahezu sämtliche Mitarbeiter der Verwaltung betreffen. 2 weitere Mitarbeiter wären aus seiner Sicht erforderlich. Hierauf könne man beim TOP Stellenplan 2016 noch näher eingehen. Allerdings sei er zur Kindergartenproblematik intern noch nicht eingebunden gewesen. Hier werde auch er kurzfristig Nachfrage halten.

c.) Flüchtlingsbetreuer:

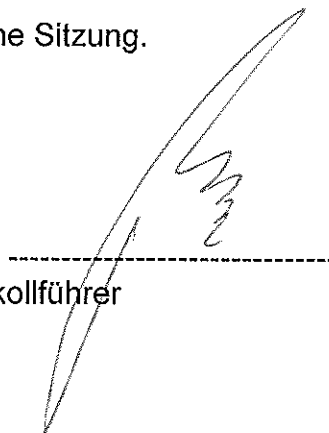
Herr Langer teilt aus den Beratungen des Kreises mit, dass nach seiner Kenntnis Flüchtlingsbetreuer von Kreisen und vielleicht auch Ämtern ab 2016 bezuschusst werden könnten und erfragt den Sachstand. AV Dr. Ufert teilt mit, dass er kürzlich Informationen erhalten habe, wonach das Land für 2016 insgesamt 60 Stellen mit einer maximalen Summe von jeweils 58.000,00 Euro im Jahr fördert. Allerdings gibt es hier noch viele Fragezeichen und auch die Antragsfrist 01.12.2015 sei doch sehr kurzfristig. Eine entsprechende Infomail sei erst heute eingegangen. Auch aus Sicht der Verwaltung ist dieses Thema schwer zu beurteilen. AD Grewin kann sich nicht vorstellen, dass bei lediglich 60 geförderten Stellen auch Ämter antragsberechtigt sein könnten. Dies wären eher die Kreise und kreisfreien Städte. Das Amt wird kurzfristig klären, ob das Amt eine Antragsmöglichkeit hat.

Abschließend berichtet Dr. Brouer darüber, dass im Jahr 2016 insgesamt 5 Landtagswahlen anstehen, in deren Folge im Bereich der Asylbewerberproblematik gesetzliche Verschärfungen im Bereich der Quotierung und der Abschiebungsvorschriften resultieren könnten. Diese Einschätzung teilt AD Grewin. Hieraus folge aber letztendlich auch die Problematik, dass es für das Amt immer schwerer werde zu beurteilen, wie lange z.B. Wohnraum angemietet werden müsse oder solle. Im Zweifel sei dieser Zeitraum entweder zu kurz oder zu lang und berge dann auch Refinanzierungsprobleme für das Amt.

Im Anschluss hieran schließt Dr. Brouer die öffentliche Sitzung.



-----  
Vorsitzender



-----  
Protokollführer